Meta

Position zur aktuellen Debatte um den Schutz von Jugendlichen Online

Menschen aller Altersgruppen nutzen Online-Dienste und Medien. Den Zugang und die Nutzung dieser Dienste altersgerecht zu gestalten, ist eine wichtige Aufgabe für Politik, Gesellschaft und Industrie. Meta als Social Media Anbieter nimmt seine Verantwortung sehr ernst und möchte konkrete und realistische Lösungen skizzieren, wie Altersbeschränkungen wirkungsvoll etabliert und eine verantwortungsvolle Nutzung von Online-Diensten gestärkt werden können.

Als Anbieter investieren wir kontinuierlich in neue Lösungen, um den bestmöglichen Schutz für minderjährige Nutzer zu gewährleisten. So bieten beispielsweise unsere speziellen Teenagerkonten auf Instagram eine marktführende Lösung. Für Teenager zwischen 13 und 17 Jahren greifen hier automatisch umfangreiche Sicherheitseinstellungen: Es werden unerwünschte Kontaktversuche eingeschränkt sowie altersgemäße Inhalte angezeigt. 'Teenagerkonten' sind standardmäßig auf "privat" eingestellt und unterliegen insgesamt strengen Schutz- und Privatsphäreeinstellungen. Wir beziehen Eltern direkt ein, bieten Hilfestellung und Informationen und u.a. die Möglichkeit ein tägliches Zeitlimit für die Nutzung einzustellen - ein Feature, das im Übrigen auch von vielen Jugendlichen selbst für einen bewussteren Medienkonsum genutzt wird.

Mindestalter für Jugendliche zur Nutzung von Online-Diensten - unter Einbeziehung der Eltern

Neben branchenführenden eigenen Maßnahmen setzt sich Meta seit langer Zeit für eine einheitliche europäische Regulierung zum besseren Schutz von Jugendlichen ein. Die aktuelle politische **Debatte um den Schutz von Jugendlichen im Internet und auf Social Media zu verbessern, begrüßen wir daher ausdrücklich** - insbesondere die derzeitige Debatte um ein Mindestalter zur Nutzung von Online-Diensten.

Um gleichzeitig die Medienkompetenz und Sensibilisierung zu stärken, sollten **Eltern einbezogen werden** und darüber entscheiden dürfen, ob und wie ihre Teenager Online-Dienste nutzen dürfen. Eine Studie hat kürzlich belegt, dass 75% der Eltern eine EU Gesetzgebung begrüßen würden, die es erfordert, dass Eltern dem Herunterladen einer App zustimmen müssen.

Es ist wichtig dem **Schutz von Jugendlichen in ihrer Breite gerecht zu werden und nicht nur auf Social Media zu fokussieren**. Teenager nutzen dutzende Apps jede Woche. Es gibt über 1.5 - 2 Millionen Apps in den App-Stores, viele davon sind nicht geeignet für Teenager (Diät-Apps, Dating-Apps, Sex Apps, Waffen-Simulatoren, Wett- und Glückspiel-Apps, etc.). Die Debatte und mögliche Regulierung muss daher breiter gefasst sein, als sie bislang geführt wird.

Medienkompetenz stärken

Wir möchten betonen, dass ein allgemeines Verbot von Social Media nicht zielführend ist, da es wichtige Elemente wie Medienkompetenz und die Rolle von Eltern unterminiert und ebenso die

Entwicklung von jungen Menschen negativ beeinträchtigen kann. Daher sprechen wir uns für ein **Mindestalter unter Einbeziehung der Eltern aus** (siehe oben). Die Realität ist, dass junge Menschen online sind und online lernen, Freundschaften schließen und mit der Familie interagieren. Während der Corona-Pandemie war Social Media für viele junge Menschen der einzige Ort, wo sie sich mit Freunden austauschen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen konnten. Daher darf der positive Mehrwert von Online Diensten und Social Media für Jugendliche in der Debatte nicht vernachlässigt werden.

Vor dem oben genannten Hintergrund **stimmen wir zu, dass: 1) ein grundsätzliches Mindestalter definiert werden sollte, ab wann Online-Dienste durch junge Teenager genutzt werden dürfen. 2) Die Zustimmung der Eltern bei jungen Teenagern maßgeblich sein sollte, um Zugang zu Online-Diensten zu erhalten. 3) Dieses Mindestalter technisch effektiv für alle Online-Dienste gelten muss und nicht nur für Social Media im engeren Sinne**.

Wie lässt sich dies um- und durchsetzen: Altersverifizierung durch App Store Anbieter

Für die Umsetzung eines Mindestalters sowie für das Anzeigen von altersgerechten Inhalten ist es essentiell, das Alter der Nutzer zu kennen, da sich sonst keine Maßnahme umsetzen lässt, bzw. diese leicht umgangen werden kann.

Sinnvoll und datensparsam für Nutzer, Eltern und Anbieter ist eine **transparente Altersfeststellung auf der Betriebssystem- oder App Store Ebene**. Dann muss das Alter **nur einmal an einer zentralen Stelle** erhoben werden, statt jede App mit diesen sensiblen Daten zu befüllen. Zusätzlich sind nur die Anbieter von Betriebssystemen und App-Stores wirkungsvoll in der Lage, eine Altersgrenze gegenüber den Millionen von App-Anbietern wirklich durchzusetzen - insbesondere wenn diese Anbieter sich im europäischen Ausland befinden. Viele Mitgliedstaaten stimmen diesem Ansatz bereits zu, darunter auch Deutschland: Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) nimmt ebenfalls die Betriebssysteme in die Pflicht: Sie sollen eine Jugendschutzvorrichtung **zu Beginn der Gerätenutzung** bereitstellen, für die auch das Nutzer-Alter erhoben wird und das Signal an die App-Anbieter weitergegeben wird.

EU einheitliche Regulierung

Die Realität einer europaweit vernetzten Jugend muss durch ein regulatorisch einheitliches Fundament auf EU Ebene gestützt werden. Gerade in Europa haben wir derzeit eine wichtige Chance der Fragmentierung von Regelungen im Jugendschutz entgegenzuwirken. Die Mitgliedstaaten sollten sich für eine **EU-einheitliche Regelung** einsetzen, statt mit nationalen Alleingängen den digitalen Binnenmarkt weiter zu fragmentieren. Der Digital Services Act (DSA) deckt zwar mit Artikel 28 den Jugendschutz grundsätzlich ab, weist aber ein **Regelungsdefizit für eine effektive Altersverifizierung im Netz auf.** Eine industrieweite Lösung zur Alterserkennung ist aber unabdingbar für effizienten Jugendschutz.